



Antrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragstellerin Abg. Birgit Obermüller)

betreffend: Gemeinsame Schule für 10- bis 14-Jährige

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert Verhandlungen mit dem Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung zu initiieren, um die Gemeinsame Schule für 10- bis 14-Jährige in Tirol einführen zu können.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Kinderbetreuung, Kunst und Kultur sowie Wissenschaft und Forschung

Begründung:

Seit 20 Jahren wird in Österreich darüber diskutiert, dass die PISA-Ergebnisse mäßig ausfallen im Vergleich zu den sehr hohen Investitionen in unser Bildungssystem. Der sozio-ökonomische Hintergrund von Schüler:innen spielt nach wie vor eine große Rolle für einen Bildungserfolg, ebenso hat ein akademischer Hintergrund von Eltern Einfluss auf die schulische Leistung. Nach vier gemeinsamen Volksschuljahren muss die Entscheidung getroffen werden, ob die Schullaufbahn in einer Mittelschule oder in einem Gymnasium fortgeführt wird. Viel zu früh, wie Bildungsexperten seit vielen Jahren warnen. In keinem anderen OECD-Land müssen sich Kinder so früh entscheiden. In vielen Fällen sind Kinder als auch Eltern großem Druck ausgesetzt und nicht immer wird die richtige Entscheidung getroffen. Im Anmeldezeitraum für ein Innsbrucker Gymnasium spielen sich aufgrund der begrenzten Plätze jährlich Familiendramen ab. Mittlerweile melden sich sogar Psycholog:innen zu Wort, um von den negativen Auswirkungen des Drucks auf Kinder zu warnen.

In Österreich wird diese frühe Selektierung nicht angetastet. Bildungsforscher:innen sind sich dahingehend einig, dass sie Leistung verhindert und Ungerechtigkeit verstärkt. Michael Schratz, Gründungsdekan der School of Education an der Uni Innsbruck beschäftigt seit vielen Jahren mit Schulentwicklung. Er kritisiert, dass in Österreich in den vergangenen Jahren eher an Optimierungsprozessen als an den großen Fragen der Wirksamkeit des Gesamtsystems gearbeitet wurde.

Die Basis für einen gerechten Bildungsweg wird bereits in der Elementarbildung gelegt. Eine Gemeinsame Schule kann einen weiteren Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit leisten. Wir gehen jedoch nicht davon aus, dass eine Gemeinsame Schule automatisch zu Chancengerechtigkeit führt. In einigen Ländern der Welt besteht auf dem Papier zwar eine Gemeinsame Schule, aber in der Realität findet eine starke Segregation zwischen öffentlichen Schulen und Privatschulen statt.

Die Gelingensbedingungen für die Gemeinsame Schule sind:

- Vielfalt statt Einheitsbrei: Volle Schulautonomie und innere Differenzierung
- Freie Wahl der Schule ohne Schulgeld: Auch Privatschulen sollen öffentlich finanziert und beitragsfrei sein.
- Chancenbonus-Finanzierung: Schulen mit größeren sozialen Herausforderungen sollen mehr Mittel bekommen, damit nicht der Wohnort über die Bildungschancen bestimmt.

Innsbruck, am 29.01.2024

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Zugl' followed by a long horizontal stroke.

Zugl Obermüller